

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

544 (22.11.1921) Mittagausgabe

Briand's Rede in Washington.

Das alte Lied von der deutschen Gefahr.

Paris, 22. Nov. Der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur berichtet aus Washington: In der heutigen Vollversammlung der Konferenz erklärte Staatssekretär Hughes, die Vereinigten Staaten hätten bei Abschluss des Krieges 4 200 000 Mann unter den Waffen gehabt. Zur Zeit habe man nur 160 000 Mann reguläre Streitkräfte. Die Vereinigten Staaten legten sich aber Rechenschaft ab von den Schwierigkeiten und den Absichten anderer Länder und seien bereit, sich von jeder Rücksicht auf die Nationen leiten zu lassen.

Darauf ergriff Briand das Wort. Er erklärte, um Frieden zu schließen, müsse man zu zweien sein. Man müsse den Nachbarn betrachten. Die Entwaffnung müsse nicht nur materiell, sondern auch moralisch erfolgen. Frankreich hoffe, beweisen zu können, daß in Europa, wie es augenblicklich sei, noch ernste Beunruhigungselemente vorhanden seien. Es beständen noch Verhältnisse, die Frankreich verpflichteten, diese im Interesse seiner Sicherheit in Betracht zu ziehen. Er gebe zu, daß amerikanische Staatsbürger sagen: „Der Krieg ist gewonnen, der Frieden unterzeichnet, Deutschland ist mit einem stark verminderten Heere besetzt, sein Kriegsmaterial vernichtet! Warum behält Frankreich eine beträchtliche Armee?“ — Die Verträge, von Hintergedanken Frankreichs zu sprechen, als wolle es eine Art militärischer Hegemonie aufrichten und sich anstelle des alten imperialistischen Deutschlands setzen, seien der grausamste Vorwurf, den man den Franzosen machen könnte. Wenn es ein Land gebe, das mit allen Kräften den Frieden erstrebe, so sei es Frankreich. Ein ganzes Jahr hindurch habe Deutschland über seine Verpflichtungen diskutiert und sich geweigert, für den Wiederaufbau zu zahlen und zu entschuldigen. Frankreich sei aber kalt geblieben; es habe nichts unternommen wollen, was die Lage erschweren hätte. Es habe seinen Haß im Herzen; es wolle alles tun, daß zwischen Deutschland und ihm die blühende Konflikte beendet würden. Er, Briand, wolle nicht ungerecht sein: es gebe ein Deutschland, das aus Männern bestehe, die in Frieden demokratische Einrichtungen aufbauen wollen. Man werde alles tun, um diesem Deutschland zu helfen. Aber es gebe noch ein anderes Deutschland, das durch den Krieg nichts gelernt habe und das keine schlechten Absichten von vor dem Kriege behalte. Man dürfe sich nur an den Staatsstreich Kapps erinnern. Wäre er gelungen, dann wäre das alte Deutschland wieder entstanden. Man dürfe den Wert der deutschen Soldaten nicht unterschätzen. Der französische Soldat mühte, mit welchem Heldenmut diese Soldaten zu töten fähig seien. Viele Millionen, die aus dem Krieg hervorgegangen seien, wären vorhanden und es sei möglich, sie morgen zu mobilisieren. Als Cadres müsse man die deutschen Polizeikräfte und die Reichswehr betrachten.

11. Washington, 22. Nov. (Drahtbericht.) Briand sprach von der Friedensliebe Frankreichs und der Gefahr, die noch immer hinter dessen stillen Grenzen lauert. Ludendorff wurde erwähnt. Dabei erinnerte der Redner an die Beziehungen zu Amerika, das in der Stunde der Not Frankreich zu Hilfe kam. Er war immerhin klug genug, das Bestehen einer Friedenspartei in Deutschland neben einer Kriegspartei anzugeben. Er sprach verdeckte Andeutungen aus über Geheimbefehle der deutschen Polizei, die vom Kriegsminister ausgehen und erklärte, daß Deutschland eine disziplinierte Truppenmacht ins Feld führen könne, worunter er wahrscheinlich die fast unbewaffnete Schupo verstand. Er gedachte auch des guten Willens des jetzigen Reichskanzlers und der Auflösung illegaler Truppeneinheiten. Dann wandte sich Briand der Lage von Osteuropa zu und führte die bekannten Vorgänge von Kurland und Ungarn an. Wie könne Frankreich abstrahieren angesichts einer solchen Lage? Obwohl das Geleitz bestimmt, daß drei Jahresklassen für drei Jahre unter der Fahne stehen müßten, habe die Regierung diese Zahl auf zwei Jahresklassen für die zweijährige Dienstzeit herabgesetzt. Weitere sofortige Verminderungen seien in Vorbereitung. „Sie verstehen unsere Lage nicht“, rief Briand mit Bezug auf die Garantien. „Wenn Frankreich allein zu stehen hat, kann es nicht aufgefordert werden, mit seiner eigenen Sicherheit zu spielen.“

Raffour betonte in seiner Antwort, Briand schweie eine gewisse Furcht zu haben und Frankreich werde sich nicht bald in einer moralischen Isolierung befinden. Dies werde tatsächlich eine Tragödie sein.

Die englischen Pressevertreter erwähnen, daß die Versammlung eine skeptische Haltung gegenüber der Beweisführung behielt, die Briand zeigte.

11. Paris, 22. Nov. (Drahtbericht.) Der Sonderberichterstatter des Temps in Washington hatte mit Briand eine Unterredung, in der der Ministerpräsident über seine Rede folgendes ausagte: Meine Rede wird diesen Namen nicht verdienen, sie wird vielmehr einer Unterredung, einer pädagogischen Erörterung gleichzukommen sein. Ich werde unabweisend und festumrissen die Tatsachen anführen, die Frankreich zwingen, seine Armee zu behalten. Es gibt viele, die da meinen, jetzt, nachdem der Frieden unterzeichnet ist, bestimme nur noch die Gefahr in der französischen Einbildung. Viele bedeutende Persönlichkeiten und vor allem die große Masse des Volkes teilen diese irrtümliche Meinung. Wie ich Ihnen kürzlich schon sagte, habe ich die Legende über unseren Militarismus und Imperialismus bei diesen Persönlichkeiten zerstört. Was die große Masse anlangt, so lasse ich, daß meine heutigen Ausführungen sie belehren werden. Meine in den höchsten Stellungen befindlichen amerikanischen Freunde glauben, daß ich diese Darlegungen besonders klar machen werde. Hughes ist dieser Ansicht und Raffour auch. Ein Beweis dafür, daß Frankreich seine gemeinen Absichten und seine Hintergedanken hat, ist die Tatsache, daß es nach Washington gekommen ist. Ein noch stärkerer Beweis, den ich anführen werde, ist der, daß Frankreich noch von der Konferenz in Washington die Initiative ergriffen hat, seine Armee zu reduzieren. Ich werde zeigen können, daß unser neues Militärprojekt die Reduzierung der Truppen auf die Hälfte unserer Bestände vor dem Krieg vorzieht. Wir hatten die dreijährige Dienstzeit und haben jetzt nur noch die von 2 Jahren und werden vorziehen, diese auf 18 Monate herabzusetzen. Aus eigenem Antrieb werden wir dazu übergehen, unsere Armee einzuschränken. Die Maßnahmen entsprechen unserem Willen. Wir wollen nur die unbedingt notwendigen Bestände behalten. Wir werden militärisch und finanziell die mit unserer Sicherheit zu vereinbarenden Ersparnisse machen.

Nach dem jetzt vorliegenden Nachrichten hat Briand in einer Rede ausgeführt, daß Frankreich seine Armee auf 250 000 Mann reduzieren werde und daß er damit rechne, noch in dieser Session des Parlaments die Dienstzeit auf 18 Monate herabzudrücken.

Die schwierige Einigung über die Abrüstung.

London, 21. Nov. (Eigener Drahtbericht.) Der Londoner Korrespondent des „Temps“ meldet, daß die amerikanische Abordnung gegenüber der japanischen Forderung, den Schiffsraum Japans von 60 auf 70 Proz. zu erhöhen, unannehmbar bleibe. Die Japaner wollten insbesondere ihre beiden Schiffe „Kaga“ und „Matsu“ behalten. Die Engländer erklärten, daß 500 000 Tonnen Schiffsraum für Amerika und England annehmbar wären unter der Bedingung, daß sie in der Frage der Tauchboote und der Erneuerung der auszurangierenden Schiffe Zugeständnisse erhielten. Auch der japanischen Forderung, die beiden Schiffe „Kaga“ und „Matsu“ behalten zu dürfen, lände die englische Abordnung nicht unbedingt ablehnend gegenüber, indem sie erklärte, man könne Japan getrost Zugeständnisse machen. Die Amerikaner standen jedoch auf dem Standpunkt, daß sie ungleich größere Opfer brächten, daß sie viele ihrer modernen Schlachtschiffe aufgeben, und Japan müsse auch solche Opfer bringen. Man habe den Eindruck, daß die englisch-amerikanische Solidarität in der Frage der Seearüstung mehr und mehr zerbricht. Allerdings seien beide Länder in der Frage der Tauchboote noch weit von einem Einvernehmen entfernt. Hier unterstützte Briand den amerikanischen Standpunkt.

Der Korrespondent des „Temps“ aus Tokio meldet: Admiral Kato konnte im Prinzip die amerikanischen Vorschläge annehmen, denn die japanische Regierung hatte bereits vor der Konferenz ein Programm für die Rüstungsbeschränkung ausgearbeitet. Die japanische öffentliche Meinung läßt sich im allgemeinen auf den amerikanischen Abrüstungsvorschlag, wie ihn Hughes äußerte, ein, spricht aber mit größtem Vorbehalt hinsichtlich des Zahlenverhältnisses.

Man tritt in Tokio besonders für eine Erhöhung des Verhältnisses zu Gunsten Japans ein oder dafür, daß England und Amerika eine weitere Verminderung der Schiffszahl vornehmen. Die japanische Öffentlichkeit fordert unbedingt die Aufhebung der Beschränkungen auf den Inseln des Stillen Ozeans. Man weist darauf hin, daß Japan, wenn es den Schiffsbau einstellen würde, die größten Opfer brächte, denn damit würden 2 000 Werftarbeiter brotlos werden. Die japanische Öffentlichkeit legt dem Umstand große Bedeutung bei, daß die Frage der Abrüstung zur See vor der Frage des fernem Ozeans erörtert wurde.

England und Amerika einig.

11. Washington, 21. Nov. (Drahtbericht.) Als wichtiges Ergebnis der ersten Verhandlungswoche ist zu bezeichnen, daß England und Amerika in den Hauptfragen jetzt den gleichen Standpunkt einnehmen. Gerüchlicherweise verlautet, die belgische Abordnung werde bei den demnächstigen Verhandlungen über die Abrüstung zu Lande beantragen, daß durch Kommissionsbeschlüsse Belgien ausdrücklich gestattet werde, ein Heer zu unterhalten, groß genug, um einen deutschen Einfall abzuwehren. Anscheinend haben sich die französischen und belgischen Delegierten über ein gemeinsames Vorgehen in der Abrüstungsfrage zu Lande verständigt. Die Aussichten über eine Einigung über die Abrüstung zu Lande wird dadurch weiter getrübt, wenn nicht sogar vereitelt werden.

Frankreich und die Reparation.

Belgische Opposition. — Die Furcht vor Stinnes. — Die Sehnsucht nach dem Ruhrgebiet.

(Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.)

Dr. A. Genz, 21. November. Nach Andeutungen Pariser Blätter muß man annehmen, daß die Besprechungen der Reparationskommission mit einem großen Krach innerhalb der Kommission enden werden. Die unmittelbare Ursache hierfür war die von der deutschen Regierung überreichte Note, die in Paris wieder einmal als unverstimmelt bezeichnet wird und über deren Behandlung die Mitglieder der Kommission sich nicht einigen konnten. Während der französische Delegierte Dubois in der Note den Beweis erbrachte, daß Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehen wollte und infolgedessen eine entsprechende, sofortige Beantwortung der Note verlangte, stellte sich der Vertreter Belgiens auf den Standpunkt, daß die Kommission erst einmal abwarten müsse, was aus den Anstrengungen der deutschen Regierung herauskommen werde und daß es verfehlt wäre, durch eine scharfe Antwort der deutschen Regierung die Ausrede zu ermöglichen, daß die Kommission selbst durch ihr Verhalten die Anleiheverträge zum Scheitern gebracht habe. Die übrigen Kommissionsmitglieder schlossen sich dieser Auffassung an. Es ist bemerkenswert, daß nach dieser Darstellung es also der Vertreter Belgiens gewesen ist, der sich innerhalb der Kommission zum Wortführer der Opposition gegen Frankreich machte. Auch von seinem treuesten Vasallen verlassen, sah sich Dubois in der entscheidenden Sitzung am Samstag ganz allein. Es muß in dieser Sitzung, die im Hotel Albrecht stattfand und stundenlang dauerte, recht stürmisch zugegangen sein. Die Verhandlungen schlossen damit, daß Dubois im drohenden Tone die Erklärung abgab, daß er seiner Regierung über die Lage berichten werde. Jedenfalls wird die Situation, wie sie sich nach der Abreise der Kommission darstellt, von den Pariser Blättern als tragisch und alarmierend bezeichnet.

In Wirklichkeit muß man jedoch sagen, daß die gegenwärtige Lage für alle überaus lehrreich ist, soweit nämlich die Absicht Frankreichs in Frage kommt. Die Pariser offizielle Presse läßt nämlich deutlich erkennen, daß man auf französischer Seite nur mit großem Mißbehagen die Verträge Deutschlands, die Geld zu verschaffen, beobachtet und daß man offenbar von Herzen wünscht, daß diese Verträge mit einem Mißerfolg enden möchten. So findet sich in einem Bericht Sauerweins, den er von Berlin aus an den „Matin“ telegraphierte, der vielsagende Hinweis, daß der Geldgeber, der für Deutschland eine Anleihe bewilligen würde, hierlich Bürgschaften verlangen könnte, die aber für die Alliierten reserviert wären. Man erkennt leicht, worauf diese Bemerkung abzielt. Selbstverständlich ist in den Blättern in diesem Zusammenhang von der Reise Hugo Stinnes nach London die Rede. Die verschiedenartigen Vermutungen über die Ursache dieser Reise werden in der Pariser Presse laut. Aber alle Aeußerungen stimmen in dem Wunsche überein, daß sich der Zweck der Reise nicht erfüllen möge. Besonders die Aeußerungen des „Temps“ über den Aufenthalt Stinnes in London, dem ein langer Leitartikel gewidmet ist, sind in dieser Hinsicht charakteristisch. Vom Verkauf der deutschen chemischen Industrie bis zur russischen Frage zählt das Blatt die Probleme auf, die Stinnes nach London geführt haben könnten, um am Schluß die Engländer zu beschwören, sich nicht etwa von den Verlockungen des deutschen Industrienetz betören zu lassen. Auch die Aeußerungen der übrigen Blätter lassen erkennen, daß man in Paris diese Reise mit wahrer Angst verfolgt.

Im ganzen können die Pariser Blätter kaum den Wunsch verbergen, daß alle Anleihebewilligungen Deutschlands scheitern möchten. Wie Frankreich innerhalb der Reparationskommission, so drängt es auch seine öffentliche Meinung dahin, daß dem deutschen Volk für seine wirtschaftliche Rettung keine Zeit gelassen werden dürfe. Es zeigt sich demnach mit aller Deutlichkeit, daß der französische Politik gar nichts daran gelegen ist, Deutschland in die Lage zu versetzen, seine Verpflichtungen zu erfüllen, sondern daß es Frankreich nur darauf ankommt, einen neuen Vorwand zu gewissen Maßnahmen zu erlangen. In diesem Sinne lassen denn auch alle nationalen Blätter zum Sturm. „Figaro“ verlangt, daß Frankreich allein handeln soll, ohne auf die Zustimmung der Alliierten zu warten. Der „Eclair“ fordert Briand auf, sofort nach Paris zurückzukehren, um das deutsche Problem endgültig zu lösen. „Action Française“ und „Echo de Paris“ versichern, daß die französische Langmut nur am Ende sei. Und natürlich darf auch in diesem Chorus Boicard nicht fehlen, der im „Matin“ erklärt, daß Deutschland gegenwärtig eine neue große Offense gegen die Einigkeit der Alliierten entfessele, daß das deutsche Volk nicht weniger als sieben Milliarden Goldmark in fremden Devisen im Ausland besitze und daß die Alliierten nun endlich ganz Deutschland unter ihre wirtschaftliche Vormundschaft nehmen müßten.

Wie die Blätter berichten, ist die Reichsregierung gewillt, durch positive Maßnahmen die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Massen zu bessern, um ihnen über den schweren Winter hinwegzuhelfen. Die Reichsregierung werde jedoch nicht dulden, daß die öffentliche Ordnung und Sicherheit durch Gewalttate gefährdet werde und darauf abzielenden Bestrebungen mit größter Energie entgegenzutreten.

Nach einer Meldung des „Berl. Vol.-Anz.“ pflünderien in den gestrigen Abendstunden junge Burschen ein Schuhgeschäft gegenüber dem Neuföllner Rathaus. Sie zerhackten die beiden großen Schaufenster und raubten die ausgelegten Schuhe.

Stinnes in London.

London, 22. Nov. (Eigener Drahtbericht.) Das Hotel Claridge in London, wo Hugo Stinnes abgeblieben ist, wurde von Journalisten umlagert. Es wurden Maßnahmen ergriffen, damit niemand sich Stinnes nähern könnte. Drei oder vier Personen, anscheinend Finanzleute, wurden in die Apartments von Stinnes gelassen. Einzelnen Reportern gelang es, in den Gang zu dringen, wo das Apartment Stinnes' gelegen ist. Sein Sekretär trat heraus und gab eine kurze Erklärung ab, daß Stinnes zu privaten Zwecken in London weile.

Paris, 22. Nov. (Eigener Drahtbericht.) In der französischen Presse findet die Behauptung, daß Stinnes zu privaten Zwecken in London weile, keinen Glauben. Man ist vielmehr der Ansicht, daß Stinnes große Pläne vorbereite, die sich namentlich auf die Annulierung der alliierten Kriegsschulden beziehen. Frankreich soll danach Reparationsleistungen nur in Natura erhalten. Die „Liberte“ befürchtet, daß dieser für Frankreich ruinöse Plan in London verwirklicht werden könnte und daß die Finanzen und die auswärtige Politik Frankreichs dem Untergang geweiht wären.

Ein Dementi.

11. London, 23. Nov. (Drahtbericht.) Das Auswärtige Amt dementiert die Nachricht, daß Hugo Stinnes von Lord George

empfangen worden sei. Man erklärt sogar, daß eine Zusammenkunft zwischen ihm und Lord George nicht einmal geplant sei.

Die Londoner Währungskonferenz verschoben.

London, 21. Nov. (Eigener Drahtbericht.) Die von der „Sound Currency Association“ in London für den 6. Dezember einberufene Konferenz zur Behandlung der Fragen, wie die erschütterten Währungszustände Europas wieder hergestellt werden können, ist vorläufig verschoben worden. An der Konferenz sollten aus Deutschland teilnehmen: Walter Rathenau, Max Warburg, Direktor Urbig von der Handelsbistontogesellschaft, Geh. Rat Kreuter vom Reichswirtschaftsministerium, Prof. Bonn und Chefredakteur Georg Bernhardt. Auch eine breitere Beteiligung der deutschen Banken, die sich erst ablehnend verhielten, schien schon gesichert. Der Vertragsbeschluss wurde deshalb gefast, weil man noch immer nicht weiß, ob nicht die Konferenz von Washington doch noch selber die Initiative zur Frage der monetarischen Regelung ergreifen wird. Das will man abwarten und hat deshalb den Termin abgesetzt.

Deutsche Werte und Rollet.

11. Berlin, 21. Nov. (Drahtbericht.) Die Deutschen Werte in Spandau und Havelhorn wurden heute vormittag 9 Uhr von General Rollet besichtigt. Rollet befand sich in Begleitung seines Stabes. Dem General wurde Gelegenheit gegeben, sich zu überzeugen, daß die von den Arbeitern erhobenen Beschwerden zu Recht bestehen. General Rollet erklärte, daß er persönlich keine Entscheidung treffen könne, sondern nur der Vorkommandant in Paris.

Berhandlungen in Paris.

1. Berlin, 22. Nov. Nach einer Meldung des „Berl. Tagbl.“ aus Paris verhandelten gestern nachmittag Ministerialrat Dr. Schäfer vom Reichsfinanzamt und Dr. Funke von den Deutschen Werken, die als Sachverständige nach Paris entsandt worden sind, mit den militärischen Sachverständigen der Internationalen Kommission von Versailles. Eine Reihe technischer Fragen wurden von den deutschen Vertretern ausführlich beantwortet. Die Versailles Kommission wird über die Unterhaltung an die Vorkommandantur berichten, die dann ihre Entscheidung treffen wird. Die deutschen Sachverständigen treten heute die Rückreise nach Berlin an.

Auch „Deutscher Allg. Zeitung“ ist gestern der Delegierte der internationalen Arbeitskonferenz in München eingetroffen, die dortigen Deutschen Werte zu besichtigen. Der Spandauer Betrieb wurde gestern von verschiedenen ausländischen Pressevertretern besichtigt.

Die Unruhen in Berlin.

11. Berlin, 22. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Plünderungen der letzten Tage, von denen man den Eindruck plamäßig geleiteter Manöver hat, haben gestern ihre Fortsetzung erfahren. Heute mittag tagte in den Sophienkeller eine Versammlung der Erwerbslosen. Nach Schluß bildeten sich Züge der Versammlungsteilnehmer, die Zulauf aus der Straßenbevölkerung erzielten und die sich plündernd über das Stadtinnere ergossen. Bei der bekannten Komitator Gumpert, Neue Königstraße, bildeten sich in der Mittagsstunde Ansammlungen von Erwerbslosen, die die Schaufenster zertrümmerten und die Auslagen ausraubten. Im gleichen Hause befindet sich ein Konfektionsgeschäft, bei dem die Menge ebenfalls die Scherben einschlug und zu plündern begann. Einer der Täter konnte von der Polizei ergriffen werden. In der Leipziger Straße, bei Tieg und bei einem Delikatessengeschäft kam es zu ähnlichen Ausschreitungen. Die Plünderer sogen mit zahl reichen Lebensmitteln beladen ab. Zu weiteren Plünderungen kam es bei Weidlich in der Rosenhaldener Straße. Dort schlug die Menge die Auslagen ein und plünderte, ehe die Polizei einschreiten konnte. Endlich wird aus der Breitenstraße gemeldet, daß es dort gestern zu erheblichen Ansammlungen kam. Hier schlug die Menge die Schaufenster eines großen Konfektionsgeschäftes ein, drang von da aus in die Verkaufsräume und trat mit Ängstigen und Paletots, die sie in der Eile erraffen konnte, beladen, den Rückzug an. Der Schuppolizei gelang es hierbei, etwa 60 Personen zu verhaften und ihnen ihre Beute wieder abzunehmen. Der Schaden ist bedeutend.

Kabinettsberatungen über die Teuerung.

1. Berlin, 22. Nov. Der Reichskanzler hatte gestern nachmittag eine Unterredung mit den Führern des Zentrums und der Sozialdemokraten über die durch die Teuerungswelle geschaffene innere Lage. Im Anschluß daran fand eine Kabinettsitzung statt, die sich vor allem mit der Finanzlage und der inneren Lage des Reiches beschäftigte. Der Reichskanzler wird voraussichtlich in der heutigen Sitzung des Steueraussschusses des Reichstages über den Stand der Reparationsfrage nach den Besprechungen mit der Reparationskommission Erklärungen abgeben.

Auch die preussische Regierung hat sich dem „Berl. Tagbl.“ zufolge mit den Vorgängen der letzten Tage aus Anlaß der gegenwärtigen Teuerung beschäftigt. Man sieht keinen Grund zu Beunruhigung; doch erwägt man die Maßnahmen, die nötigenfalls getroffen werden sollen, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten.

Die Regierung warnt.

11. Berlin, 22. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Ueber die innerpolitische Lage erfahren wir von maßgebender Seite: Deutschland geht einen schweren Weg. Die Regierung ist sich durchaus darüber klar, daß mit Streiks, Unruhen und Plündern in immer größerem Umfange zu rechnen ist. Die Plünderungen in Berlin, der Hungerstreik der kommunikationsbefangenen in Lichtenberg, die daraus sich ergebenden Tumulte, alle diese Dinge lassen eine einheitliche Regie vermuten. Die Linksparteien gehen mehr oder weniger offen zum Umsturz auf. Die Unabhängigen schlagen ebenfalls eine scharfe Tonart an. Auch hierin sucht die kommunistische Partei ihre Auslandspläne zu tragen. Der Regierung kann dies alles nicht verborgen sein. Sie kämpft mit allen Mitteln, um Teuerung, Not und Unruhe einzigermaßen zu besänftigen, aber sie ist ebenso fest entschlossen, jeden Umsturzversuch zu unterdrücken.

Vorsichtsmaßnahmen.

1. Berlin, 22. Nov. Wie das „Berl. Tagbl.“ hört, wird aus Anlaß der Plünderungen in Berlin der Berliner Polizeipräsident im Laufe des heutigen Tages ein Verbot von Umzügen erlassen.

Börsenschließung in Wien.

11. Wien, 21. November. Heute kam es an der Börse wegen des von der Regierung eingebrachten Gelehtentwurfes, wonach von den Börsenbesuchern eine monatliche Abgabe von 100 Goldmark erhoben wird, zu Vermählungen. Vertreter von Börsensachverständigen erklärten, jeden Geschäftsverkehr verhindern zu wollen. Am schwarzen Brett der Börse wurde um 12 Uhr mitgeteilt, daß bis auf weiteres keine Börsenversammlung stattfinden. Die Banken und Firmen haben sich verpflichtet, keine telephonischen Aufträge im Devisengeschäft anzunehmen. Das Streikomitee der Börzensachverständigen hat zur Behinderung jeglichen Privatverkehrs beschlossen, auch die Kassehäupter zu überwachern.

Die Neuwahlen in Brüssel.

11. Brüssel, 21. November. Soweit sich bis Mitternacht die Wahlergebnisse übersehen lassen, ist eine leichte Abnahme der sozialistischen Stimmen und eine Zunahme der katholischen zu verzeichnen. Sozialistische Kreise rechnen mit einem Gewinn von 2 Sitzen. Die Liberalen und die Katholiken haben Aussicht, einige Sitze zu gewinnen. Die Frontpartei wird eine starke Abnahme der Stimmen zu verzeichnen haben.

Kleine politische Nachrichten.

Zeitungsverbot. Die „Schwäbische Tageszeitung“ ist wegen Verächtlichmachung der Reichsregierung auf die Dauer von drei Tagen verboten worden.

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Nr. 544.

Handelszeitung der Badischen Presse.

22. November

Wirtschaftliche Rundschau in Deutschland.

In der vergangenen Wirtschaftswoche gewann es zeitweilig den Anschein, als werde sich die Frage der sogenannten Kreditaktion der Industrie zur Aufbringung von Reparationsmitteln infolge der weitgehenden Bedingungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu einer schweren Machtprobe zwischen Unternehmertum und Arbeiterkraft zuspitzen. Die von den Industriellen in nahezu ultimativer Form der Regierung gestellten Garantieforderungen, die bekanntlich in Entlastung der Eisenbahnen gipfelten, hatten den Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund und die Angestelltenverbände zu einer gemeinsamen Gegenaktion auf den Plan gerufen. In einer Kundgebung an die Regierung wurden alle Versuche einer Ueberführung der Eisenbahnen oder anderer Reichsbetriebe in Privatbesitz abgelehnt, und darüber hinaus ging die Arbeiterbewegung zu einer Art Offenoffe über, indem sie jetzt ihrerseits eine Reihe weitgehender Forderungen aufstellte, die im wesentlichen wie folgt zusammengefaßt seien: Beteiligung des Reichs an den Sachwerten; die Aktiengesellschaften haben 25 Prozent ihres Kapitals auf das Reich zu übertragen. Sozialisierung des Kohlenbergbaus zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reichs. Neuordnung der Betriebsunternehmungen mit dem Ziel, sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten. Schärfste Erfassung der Exporteisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Valutagewinne. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Scharfe Besteuerung der durch Devisen und Effektenkäufe erzielten Gewinne. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole. Während ein Teil dieser Forderungen allgemeiner Zustimmung begegnet und in einschlägigen Wirtschaftskreisen selbst seit langem erhoben wird, beweisen wieder andere Punkte, wie z. B. die Erfassung der Sachwerte und die Sozialisierung des Kohlenbergbaus, daß man sich im gewerkschaftlichen Lager auch diese Schlagwörter zu eigen gemacht hat und sich hier lediglich von parteipolitischen Gesichtspunkten leiten läßt, anstatt diese Dinge rein wirtschaftlich zu betrachten. Andersfalls hätte man wohl den Gedanken an gerade im jetzigen Augenblick so gefährliche und zweifelhafte Experimente wie Sozialisierung und Sachwertentzug zum mindesten weit zurückstellen müssen.

Zwischen ist in der heftigen Situation dann infolgedessen eine Entspannung eingetreten, als der Industriellenverband gemeinsam mit Vertretern der Banken in einem Schreiben an den Reichsminister die Hauptforderung nach Privatisierung der Eisenbahnen fallen gelassen hat und im wesentlichen zu dem ursprünglichen Angebot der Kredithilfe zurückgekehrt ist. In den beteiligten Kreisen wird dieser Schritt als eine geeignete Grundlage für die Weiterführung der Kreditaktion und für Verhandlungen wegen Aufnahme eines internationalen Kredits betrachtet. — Viel beachtet wurde in diesem Zusammenhang auch die Reise, die Hugo Stinnes dieser Tage nach London angetreten hat und die ebenfalls mit der Kreditaktion in Verbindung gebracht wird. Es verlautet, daß Stinnes auch in Rotterdam Besprechungen mit holländischen Großindustriellen gepflogen hat, um dann in London vornehmlich mit englischen Finanzleuten zu verhandeln.

Wie brennend die Frage der Kreditgewährung an Deutschland allmählich geworden ist, ging auch aus der letzten Sitzung des Reichsrats hervor, der sich mit dem dritten Nachtragsetz zum Reichshaushalt beschäftigte. Danach ergibt sich alles in allem für 1921 ein Fehlbetrag von 161,6 Milliarden Mark, wobei zu berücksichtigen ist, daß erst im Etat für 1922 die Reparationslast in ihrem vollen Umfang erscheinen wird. Deutschland würde, dann mit einer jährlichen Ausgabe für die Reparationen von 234,2 Milliarden zu rechnen haben, mithin für ein einziges Jahr soviel wie die gesamte französische Kriegsschuldigung nach dem Kriege von 1870/71 betrug. Hinzu kommen dann noch die auf Grund des Wiesbadener Abkommens übernommenen umfangreichen Sachleistungen.

Mandierel Kommentare wurden in der vergangenen Woche in Wirtschaftskreisen an die Annahemöglichkeit der alliierten Reparationskommission in Berlin getnüpft, und namentlich die Börse verfiel auf die in dieser Beziehung umgehenden Gerüchte hin wiederholt von einem Extrem ins andere. Jetzt steht jetzt jedenfalls soviel, daß weder die weitgehenden Beschränkungen hinsichtlich verhöfelter Zahlungsbedingungen noch die Hoffnungen auf ein Moratorium sich bestätigen. Die im Januar und Februar fällig werdenden Reparationskosten müssen programmäßig von der deutschen Regierung gedeckt werden, während andererseits keine sichere Aussicht auf Erleichterung der Zahlungslasten zu den späteren Terminen besteht.

Es bleibt also dabei, daß die deutsche Wirtschaft im allgemeinen und der deutsche Staatsbürger im einzelnen mit Hilfe der Steuer- und Zehrentlastung, „bis zur Bewußtlosigkeit“ ausgepreßt werden. Welche Wertlosigkeit man bei dieser Beschäftigung im Finanzministerium bereits erworben hat, beweisen kürzlich im Reichstagsausschuß für Steuerfragen die Ausführungen eines Regierungsvertreters über die Steuerbelastung in Deutschland unter Berücksichtigung der neuen Steuererleichterung. Die Gesamteinnahme auf allen bereits bestehenden und neu einzuführenden Steuern würde demnach im Jahre 1922 rund 95 Milliarden Mark betragen. Das würde eine Gesamtbelastung von 1583,80 Mark auf den Kopf der Bevölkerung ausmachen. Die fünfstufige Belastung des Vermögens würde nach der Regierungsvorlage rund 52,5 Milliarden Mark betragen, das sind 51,5 Prozent der Gesamteinnahme.

In Verbindung mit diesen trüben steuerlichen Zukunftsaussichten interessiert ein Bild auf den Anteil, den die Reparationszahlungen unter der Einwirkung der Valutaverhältnisse von dem heutigen deutschen Volkseinkommen — das übrigens im Vergleich zur Vorkriegszeit auf ein Drittel zurückgegangen ist — beanspruchen. Nach Berechnungen von ernsthafter statistischer Seite hätte die jährliche Reparation mit 3% Goldmilliarden bereits vor dem Kriege ein Zehntel des Gesamteinkommens betragen. Mitte 1921 betrug sie schon fast ein Drittel, während sie bei einem nur mit 175 angenommenen Dollarstand und bei lediglicher Einkommenssteigerung in Papiermark nahezu ein Viertel des Volkseinkommens beansprucht.

Eine solche Markentwertung und der durch sie hervorgerufenen augenblicklichen Scheinonjunktur bezog der Notwendigkeit der Beschaffung neuer Betriebsmittel in der deutschen Wirtschaft ist auch die neue Aera gewaltiger Kapitalerhöhungen, die in diesen Tagen bei einer großen Anzahl bedeutender deutscher Erwerbsunternehmen eingeleitet hat. Am nur einige der auffälligsten Transaktionen dieser Art zu nennen: Die Verwaltung der A. G. G. schlägt eine Kapitalerhöhung um 250 Millionen Mark auf 1,1 Milliarden Mark vor. Mit einem derart hohen Kapital wird die Gesellschaft finanziell an der Spitze aller deutschen Unternehmen marschieren. Bei diesem großzügigen Plan sollen, wie verlautet, wieder Angliederungsprojekte mitspielen. Ferner hat sich kürzlich ein Syndikat gebildet, das vom Norddeutschen Lloyd, dessen Aktienkapital gegenwärtig 250 Millionen beträgt, 225 Millionen Mark neue Stammaktien übernimmt, während die Reederei außerdem noch 125 Millionen Vorzugsaktien lediglich an Bremer Kreise ausgibt, so daß das Gesamtkapital des Lloyd damit 600 Millionen Mark betragen wird. In dieser neuen Kapitalbeschaffung nötigt hauptsächlich der Umstand, daß die Entschuldigungsrate der Regierung hinter den Kosten für die Instand-

haltung der alten Schiffe und für den Ankauf ausländischer Schiffe unter den heutigen Valutaverhältnissen weit zurückbleiben. Zu einer umfangreichen Kapitalerhöhung schreitet auch der sogenannte Sprengstoffkonzern, dessen Gesellschaften, nachdem sie sich neuen Industriezweigen, insbesondere der Stapelfaserherstellung, zugewandt haben, ihre Kapitalmittel um rund 85 Millionen verstärken. Ebenso macht diese Bewegung im deutschen Bankgewerbe gewaltige Fortschritte. So verdoppelt z. B. der Barmer Bankverein sein bisheriges Kapital von 200 Millionen, die Deutsche Vereinsbank erhöht ihre Mittel von 60 auf 100 Millionen, die Dresdner Bank um 200 auf 550 Millionen usw. Nichts dünnte die Entfristung der deutschen Währung und damit die gegenwärtige Wirtschaftsalarmität besser illustrieren als diese ungeheuren papierernen Kapitalaufblähungen.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die bisherige, im allgemeinen günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes hat angehalten; die Erwerbslosenziffer ist gegenüber der Vorwoche noch um etwas gesunken, sie betrug am Ende der Berichtswoche auf 337.

Auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt hat sich nicht viel geändert, gesucht wurden insbesondere Berufsschweizer. In der Metall- und Maschinenindustrie wurden Blechner und Installateure, sowie Elektromonteur in größerer Zahl angefordert. Die Porzellan- und Edelmetallindustrie zeigt wiederum eine Besserung.

Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie ist unverändert hoch geblieben; in der Lederindustrie hat sich die Nachfrage nach Arbeitskräften gebessert.

Holz- und Schnitstoffgewerbe sind flott beschäftigt. Das Vermittlungsgeschäft in der Tabakindustrie war ruhig. Im Bekleidungs-gewerbe hat nunmehr auch die Nachfrage nach Schuhmachern drücklich schwach angezogen. Der Bedarf an gelernten Bauhandwerkern ist immer noch groß.

Im Handel hält die Nachfrage nach hanteltechnisch vorgebildetem Personal und nach Stenotypistinnen an. Die Aussichten für gelerntes und ungelerntes fleißiges weibliches Küchenpersonal sind gut geblieben.

Industrie und Handel.

Schroedische Brauereigesellschaft Heidelberg. Die Gesellschaft ladet ihre Aktionäre zur 35. außerordentlichen Generalversammlung nach Heidelberg zum 14. Dezember 1921 ein.

Altiengeellschaft der Mannheimer Niedertafel, Mannheim. Die Gesellschaft ladet, laut „Reichsanzeiger“ ihre Aktionäre zu einer Generalversammlung auf Freitag, den 9. Dezember, nach Mannheim ein.

Wärgerbrau Ludwigshafen am Rhein in Ludwigshafen. Die Gesellschaft ladet ihre Aktionäre zu einer am 6. Dezember in Ludwigshafen stattfindenden ordentlichen (31.) Generalversammlung ein.

Kontorhaus Merkur A.G. in Stuttgart. Mit einem Grundkapital von 1 Mill. M ist unter dieser Firma eine neue Aktiengesellschaft gegründet worden, als deren Gegenstand der Erwerb eines Bauplatzes an der Königstraße in Stuttgart, die Erstellung eines Geschäftsbaues auf diesem Platz (Kontorhaus Merkur) und die Verwertung dieses Anwesens angegeben wird.

Bierbrauerei A.G. vorm. Gebrüder Bederer in Nürnberg. Das Geschäftsjahr schließt nach Abschreibungen in Höhe von 147.484 M (i. B. 155.852) und einschließlich des letzten Gewinnfortrages von 40.481 M (40.285) mit einem Reingewinn von 764.401 M (243.481) ab. Der Aufsichtsrat beantragt die Verteilung einer Dividende von 12 Proz. (10) auf die Vorzugsaktien und 10 Proz. (4) auf die Stammaktien, außerdem eine Zumeisung von 200.000 M auf das Verwaltungskonto, 10.000 M (10.000) für Gehaltsreserve, 25.000 M (15.000) auf Debitorenkonto, 31.780 M Tantieme an den Aufsichtsrat und 45.661 M auf neue Rechnung.

Versteigerte Elektro-Werke Aktiengesellschaft, Saarbrücken. Die Gesellschaft hat ihre zum 28. November 1921 einberufene außerordentliche Generalversammlung verschoben und ihre Aktionäre zum 12. Dezember 1921 eingeladen. Auf der Tagesordnung steht die Erhöhung des Grundkapitals und Schaffung von Vorzugsaktien mit erhöhtem Stimmrecht und über die Einzelheiten der Aktienausgabe.

Alfa-Rotweil Aktiengesellschaft, Berlin. Die Gesellschaft ladet ihre Aktionäre zu einer am 8. Dezember 1921 in Berlin stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung ein. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem: Erhöhung des Grundkapitals um 100.000.000 Mark auf 200.000.000 durch Ausgabe von 25.000.000 M Stammaktien und 75.000.000 Mark 6-prozentige kumulative Vorzugsaktien sowie Festsetzung der Ausgabebedingungen, insbesondere des den neuen Aktien zukommenden Stimmrechts und des Gewinnaufschlags der Vorzugsaktien.

4 1/2 Prozent Deutsche Reichsschatzanweisungen. Die Reichsschatzdenkverwaltung macht unter dem 14. November bekannt, daß zu den in ihrer Auslosungsbestimmung vom 6. Juli d. J. veröffentlichten Nummern der 4 1/2-prozentigen Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1917 und 1918 (6. bis 9. Kriegsanleihe), die am 2. Januar 1922 zur Rückzahlung gelangen sollen, folgende hinzutreten: 9. Kriegsanleihe Buchstabe J zu 500 M. Gruppe 5289, Nr. 521.901 bis 521.948, Gruppe 5296 Nr. 523.251 bis 523.298, Gruppe 5428 Nr. 529.851 bis 529.888.

Steuer und Zollwesen.

Berordnung über die Umrechnung fremder Währungen bei der Berechnung des Wechselstempels.

Auf Grund des § 4 des Wechselstempelgesetzes vom 15. Juli 1909 (Reichs-Gesetzblatt S. 825) in Verbindung mit § 3 des Uebertragungs-Gesetzes vom 4. März 1919 (Reichs-Gesetzblatt S. 285) und Artikel 179 Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 (Reichs-Gesetzblatt S. 1383) werden die in der Verordnung über die Umrechnung fremder Währungen bei der Berechnung des Wechselstempels vom 26. Juli 1921 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 687) festgesetzten Mittelwerte für die Umrechnung der in anderen als Reichswährung ausgedrückten Beträge aufzuheben und für die nachstehend genannten Währungen bis auf weiteres folgende Mittelwerte festgesetzt:

1 Pfund Sterling	400,00 M	1 ungarische Krone	0,18 M
1 französischer Franc	8,00 „	1 holländischer Gulden	35,00 „
1 belgischer Franc	8,00 „	1 schwedische Krone	25,00 „
1 schweizerischer Franc	20,00 „	1 dänische Krone	20,00 „
1 Rire	4,50 „	1 norwegische Krone	14,00 „
1 Pejeta	14,00 „	1 polnische Mark	0,02 „
1 Lei	1,00 „	1 türkischer Piaster	0,40 „
1 finnische Mark	1,50 „	1 Peso (Gold)	70,00 „
1 deutsch-österreich. Krone	0,08 M	1 Dollar	110,00 „
1 tschechische Krone	1,20 „	1 mexik. Golddollar	55,00 „

Diese Verordnung tritt am 1. November 1921 in Kraft. Berlin, den 15. Oktober 1921. Der Reichsminister der Finanzen Dr. Wirth.

Erhöhung des Zollaufgeldes.

Wie wir in Nr. 541 vom 19. November angekündigt haben, hat das Reichsfinanzministerium das Zollaufgeld bei Zahlung der Zölle mit Wirkung vom 23. ds. Mts. auf 3900 Prozent

erhöht. Das heißt also, daß bei Zahlung der Zölle in Papier den 40fachen Betrag des Goldbetrages zu zahlen ist. Die Einführung eines Zollaufgeldes war eine der ersten Folgerungen, die die deutsche Reichsregierung aus der Entwertung des deutschen Geldes im Ausland zog. Die ursprünglich festgelegten Zölle verstanden sich naturgemäß in Gold, und es wäre gewiß das einfachste gewesen, die Erhöhung der Zölle in Gold anzuordnen. Das hätte aber gerade angesichts des großen Marktwertes des Auslandes zweifellos zu Mißbilligung geführt, und so sah sich die Reichsregierung genötigt, das sogenannte Zollaufgeld zu schaffen, eine Institution, wie sie ja heute auch in andern Ländern mit entwerteter Wälua besteht. Der Zweck dieser Maßnahme war neben finanziellen Gesichtspunkten vor allem der, zu verhindern, daß dem Ausland, durch die Möglichkeit, die Zölle für seine Einfuhr in dem entwerteten deutschen Papiergeld zu zahlen, direkt eine Art Einfuhrprämie gewährt worden wäre. So entstand das Gesetz über die Zahlung der Zölle in Gold vom 21. Juli 1919. Dieses Gesetz wurde infolge der Tatsache, daß seitens der Entente die Erhebung der Goldzulage im Weltmarkt einseitig inibiert wurde, gegen Ende November 1919 zeitweilig außer Kraft gesetzt und erst nach Verständigung mit der Entente mit Wirkung vom 3. Januar 1920 wieder eingeführt.

Die Entwidlung des Aufgeldes bei den Zollaufzahlungen gestaltete sich in der Zeit, in der diese Maßregeln bisher in Gültigkeit war, wie folgt:

1919	16. „ 22. „	600 Proz.
3. bis 9. August	240 Proz.	23. „ 29. „ 775 „
10. „ 16. „	275 „	30. Nov. bis 6. Dez. 775 „
17. „ 23. „	280 „	7. bis 13. Dez. 330 „
24. „ 30. „	315 „	1920
1. „ 6. Sept.	365 „	1. bis 10. Jan. 900 „
7. „ 13. „	365 „	11. „ 31. „ 900 „
14. „ 20. „	385 „	Februar 900 „
21. „ 27. „	475 „	März 900 „
28. Sept. bis 4. Okt.	475 „	1. bis 24. Mai 900 „
5. bis 11. Okt.	425 „	25. Mai bis 9. Nov. 700 „
12. „ 18. „	450 „	10. Nov. b. Ende d. J. 900 „
19. „ 25. „	490 „	1921
26. Okt. bis 1. Nov.	520 „	1. Jan. bis 10. Okt. 900 „
2. bis 8. Nov.	520 „	20. Okt. b. 22. Nov. 1900 „
9. „ 15. „	590 „	ab 23. November 3900 „

Die Bewegung des Zollaufgeldes spiegelt deutlich die Gestaltung der deutschen Wälua wieder, wenn auch die Höhe des Aufgeldes nicht immer voll der Entwertung der deutschen Wälua entsprach.

Die neue Kohlenpreiserhöhung.

Auf Grund der Lohnvereinbarungen, die am 8. November im Reichsarbeitsministerium zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der deutschen Bergbauindustrie mit Wirkung ab 1. November 1921 getroffen worden sind, beschloß am 18. Nov. der Reichskohlenverband in gemeinsamer Sitzung mit dem Großen Ausschuss des Reichskohlenrats folgende durchschnittliche Preissteigerungen (ohne Steuer):

- Ruhrkohle 132 M je Tonne ab 1. Dezember.
- Riederkohle 145 M je Tonne ab 1. Dezember.
- Sachsen 135,30 M je Tonne ab 1. Dezember.
- Riederkohle 128,30 M je Tonne ab 20. November.
- Rheinische Braunkohlenbriketts 80,71 M je Tonne ab 1. Dezember.
- Mitteldeutsche und ostelbische Braunkohlenbriketts 80 M je Tonne ab 21. November.
- Rohkohle 24 M je Tonne ab 21. November.

Sierbel mußte — unter Zustimmung der Reichsregierung — dem Einfluß der rapiden Geldentwertung der letzten Zeit in gleicher Weise wie bei den Löhnen auch bei den sonstigen Selbstkosten der Kohlen-gewinnung, insbesondere den Materialkosten (die nachgewiesenermaßen 40 Proz. und mehr der Gesamtselbstkosten, also 67 Proz. und mehr der Lohnkosten je Tonne Kohle betragen), durch einen Zuschlag von 60 Prozent auf die reinen Lohnmehrkosten Rechnung getragen werden. Die Beschlußfassung erfolgte nahezu einstimmig.

Rohkohle 16 M je Tonne ab 1. Dezember.

Finanzierung der Industrie in Sowjetrußland. Einen sicherlich sehr wichtigen Schritt auf dem Wege des Abbaus der kommunikativen Wirtschaftspolitik bedeutet die Errichtung der neuen Staatsbank in Moskau. Ihre Hauptaufgabe ist die Finanzierung der Industrie. Nach Presseäußerungen führender bolschewistischer Persönlichkeiten soll die Staatsbank, nur von geschäftlichen Kreditsachen geleitet, diejenigen Betriebe aufbauen helfen, die sich kaumnählich rentieren, wirtschaftlich halten können und „treibwürdig“ seien. Als treibwürdig sollen nur Betriebe gelten, „lagt der Volkskommunalfar Preobratshenski in der „Pravda“ vom 20. Oktober, „die zu wirtschaftlich verstehen und die Darlehen ausgiebig Zinsen rechtzeitig zurückzahlen werden“. Alle anderen Betriebe, die Zuschüsse erfordern, sollen von der Förderung ausgeschlossen sein. In dieser Hinsicht ist die Satzung der neuen Staatsbank von großem Interesse. Wir weisen daher unsere Leser darauf hin, daß der ungenutzte Wortlaut dieser Satzung in der neuesten Nummer der „Osteuropäischen Wirtschafts-Zeitung“, Organ des Deutschen Russischen Vereines, Berlin S.W. 11, veröffentlicht ist.

Vom Valutamarkt.

(Schlußnotierungen.)

Paris, 21. Nov. Wechsel auf:	19. 11. 21. 11.	Wien	—	Holland	488. —	499. 70		
Deutschland	11. 25	10. 25	New-York	1384. 00	1381. —	Italien	57. 25	57. 41
Bukarest	11. 25	10. 25	Brüssel	95. 71	95. 71	Schweden	251. —	251. 25
Prag	14. 75	14. 75	London	95. 40	95. 71	Spanien	150. 00	151. 75

London, 21. Nov. Wechsel auf:	19. 11. 21. 11.	Holland	113. 50	113. 50	Deutschland	10. 99	10. 95	
Paris	55. 75	55. 75	New-York	412. —	400. —	Wien	95. 00	110. 00
Belgien	57. 25	57. 25	Spanien	295. 00	290. 40	Bukarest	—	—
Schweiz	212. 25	212. 25	Japan	95. —	95. 88	—	—	—

Kopenhagen, 21. Nov. Wechsel auf:	19. 11. 21. 11.	Paris <td>28. 50</td> <td>28. 20</td> <td>Stockholm</td> <td>128. —</td> <td>128. —</td>	28. 50	28. 20	Stockholm	128. —	128. —	
London	21. 25	21. 25	Antwerpen	82. 20	82. —	Kristiania	78. 75	77. 50
New-York	647. —	638. 00	Zürich	103. —	103. —	Helsingfors	11. 00	—
Hamburg	2. 10	2. 15	Amsterdam	192. 75	192. 75	—	—	—

Stockholm, 21. Nov. Sichtwechsel auf:	19. 11. 21. 11.	Brüssel <td>29. 50</td> <td>28. 00</td> <td>Kopenhagen</td> <td>78. 10</td> <td>78. 50</td>	29. 50	28. 00	Kopenhagen	78. 10	78. 50	
London	17. 11	17. 25	Schweden	81. —	81. 50	Kristiania	61. 75	61. 25
Berlin	1. 60	1. 65	Platz	—	—	Washington	459. —	439. —
Paris	80. 90	80. 90	Amsterdam	150. 75	150. 75	Helsingfors	8. 69	8. 60

Berliner Metallpreise vom 21. November.

Elektrolytkupfer	613	Bankzinn	17.000—17.700
Raffinierkupfer	700—710	Strasszinn	—
Antimon	260—270	Anstrahlzinn	—
Hüttenweissblei	260—270	Hüttenzinn	1720—1750
Hüttenrothblei	270—280	Reinblei	1560—1590
reinetes Aluminium	2150—2200	Antimon	260—270
Hütten-Aluminium	100—109	Alber in Barren	425—475
Aluminium in Wals- oder Drahtbarren	101	Platin	620
		Ouerschl. Zink	222

DEGEA
Elektrischer Kocher D. R. P.

Zweckmäßigster Apparat für Kinderstube, Küche u. Boudoir
Jederzeit schnellstes Kochen und Wärmen
Auf Wunsch mit Eier-Einsatz oder Aufsatz für
Saxleh-Flaschen Heiferber - überall erhältlich
Erzeugnis der Auerlicht Gesellschaft, Berlin

Aus der Landeshauptstadt.
Karlsruhe, den 22. November 1921.

Erhöhung aller städtischen Tarife.

Der Stadtrat beschäftigte sich in den letzten Tagen eingehend mit der Dedung für die Mehrausgaben an Gehältern, Löhnen und Materialien infolge der fortwährenden Teuerung. Der durch die Neuordnung der städtischen Beschäftigung und -ordnung erwachsende Aufwand beträgt rund 31,8 Millionen. Gleichzeitig mit der Vorlage über die Veränderung der Beamtengehälter ist den Mitgliedern des Bürgerausschusses eine Reihe von Vorlagen zugegangen, die die Erhöhung von städtischen Gebühren und Tarifen zum Gegenstand haben. Weitere Vorlagen über die Erhöhung werden in Kürze der Frist nachfolgen. Die Gebühren-erhöhungen für Abortgrubenentleerung, Schwemmschlamm, Straßenreinigung und Müllabfuhr haben wir bereits in dem gestern veröffentlichten Bericht über die letzte Stadtratssitzung mitgeteilt.

Nunmehr geht aus weiteren Vorlagen an den Bürgerausschuss hervor, daß die Wochenmarktgeldgebühren mit Wirkung vom 1. Dezember um 50 v. H. ihres bisherigen Betrages erhöht werden sollen, ferner werden erhöht, die Zuschlagsgebühren für die Benutzung der Schachthofeinrichtungen und die Erhöhung der Gebühren für die Bestattungen. Die allgemeinen Bestattungsgebühren sollen nach einer Vorlage des Stadtrats vom 19. November um ein Viertel ihres bisherigen Betrages erhöht werden. Sie betragen danach: Für die Bestattung eines Erwachsenen (über 10 Jahren) statt 400 M jezt 500 M, eines Kindes über 6 Jahren statt 240 M jezt 300 M, eines Kindes unter 6 Jahren statt 120 M jezt 150 M, eines Kindes unter 1 Jahr statt 40 M jezt 50 M. Die ermäßigten Sätze für Mindestbestattungen in der bisherigen Höhe bestehen. Die Gebühren für die Benutzung von besonderen Bestattungsplätzen sollen abermals um ein Sechstel ihres früheren (im September bereits um ein Sechstel) erhöhtes Betrages, also um ein Siebtel ihres jetzigen Betrages erhöht werden.

Nach der vorliegenden Tagesordnung für die am Donnerstag, den 24. November, stattfindende Bürgerausschusssitzung ist auch eine Erhöhung des Straßenbahn-Tarifs in Aussicht genommen. Bis heute ist die Öffentlichkeit darüber im Unklaren gelassen, in welcher Weise eine Erhöhung des Straßenbahn-Tarifs vorgenommen werden soll. Man könnte doch eigentlich erwarten, daß die Erhöhungen so rechtzeitig bekannt gegeben werden, daß sich auch die Öffentlichkeit noch damit beschäftigen kann, denn schließlich ist ja die Allgemeinheit auch der leidtragende Teil.

Ueber die Erhöhung der Badepreise, die, wie wir erfahren, ebenfalls vorzulegen ist, wird überhaupt nichts bekannt, und man scheint dieselbe Taktik zu verfolgen, wie bei der letzten Erhöhung. Demos hat man die Badebesucher einfach vor die fertige Tatsache gestellt und so ist es wohl auch diesmal wieder geplant. Man hat immer noch nicht eingesehen, daß gerade die Badeanstalten ein Unternehmen sein sollen, die im Interesse der öffentlichen Gesundheit werden und die eine Erhöhung der Gebühren ebenfalls nicht mehr ertragen. Was nützt es, wenn die Gebühren um 20 bis 30 Proz. mehr werden, die Zahl der Besucher sich verringert und somit keine wesentlichen Mehreinnahmen erzielt werden. Hier sollte der Grundwahrheit mehr Rechnung getragen werden, dafür aber im Interesse der Allgemeinheit der Karlsruher Bevölkerung erhöhte Besteuerungen. Man sollte sich auch über die Erhöhung der Badepreise Gedanken machen, welche Bewandnis es mit der Badepreiserhöhung hat.

Die Festsetzung der Reichenhausgebühren. Durch Verordnung des Ministeriums des Innern wurden die Reichenhausgebühren auf 12 M festgesetzt. In größeren Gemeinden, sowie in

Gemeinden mit zerstreut liegenden Häusern und Zinken kann diese Gebühr vom Bezirksamt, falls die Reichenhaus 1 Kilometer und darüber vom Wohnhaus des Reichenhausers entfernt vorzunehmen ist, bis auf 15 M, ausnahmsweise unter besonderen Verhältnissen bis auf 18 M erhöht werden.

Die Erhöhung der Güter- und Tierarttarife einsehr, der Mindest- und Sonderfrachttarife der örtlichen Gebühren (Bahnhofsfrachten, Ueberfuhr- und Sitzgebühren), sowie der Nebengebühren tritt, wie bekannt gegeben, am 1. Dezember in Kraft. Nähere Auskunft erteilt das Gütertarifbüro der Eisenbahngeneraldirektion. Die Privatbahnen sind ermächtigt, auf ihren Strecken die gleiche Erhöhung durchzuführen, die von ihnen eingeführten besonderen Zuschläge bleiben hiervon unberührt.

Eisenbahn- und Verkehrsperren. Sendungen für Station Ludwigsbafen Anstaltsfabrik sind von Sperre Ludwigsbafen ausgenommen. Aufgehoben wird Annahmeperrre für Frachtkübel nach Köln, Gereon Ort und Uebergang.

70. Geburtstag. Ein in den weitesten Kreisen unserer Stadt bekannter und hochgeschätzter Mitbürger, Herr August Luitpold, kann am 26. v. M. in fester geistiger und körperlicher Frische seinen 70. Geburtstag begehen. Herr Luitpold ist am 26. v. M. im Jahre 1851 in der Gemeinde Ludwigsbafen geboren. Der Badische Leib-Grenadier-Bataillon e. B., dessen Gründer und hochverdienter Ehrenmitglied der Jubilar ist, wird der ansehnlichen Kameraden am Samstag, den 26. Nov., in seinem Vereinslokal in besonderer Weise ehren. Möge dem Jubilar, der in diesen Tagen auch 30 Jahre Abonnement der „Badischen Presse“ ist, noch eine Reihe von Jahren ein glücklicher, sonniger Lebensweg bei bester Gesundheit an der Seite seiner treuen Lebensgefährtin beschieden sein.

Das Lehrerseminar II veranstaltet dieser Tage unter Mitwirkung von Frau Geh. Regierungsrat Frick und Frau Musikdirektor Zureich ein gut besetztes, wohlgeleitetes Wohltätigkeitskonzert zugunsten der Opfer des Explosionsunglücks in Oppau. Unter der umsichtigen Leitung des Herrn Zureich brachte der Schiller der „Sturmabteilung“ von Durrer, „Wie's dabei war“ von Wolgast und den Burlesken von Derar über und Nagel mit gutem Ausbruch zum Vortrag. Frau Frick sang mit gutem Gesang, sympathischer Stimme und tiefer Empfindung eine Anzahl trefflich ausgewählter Lieder für Sopran von Schubert, Brahms, Hugo Wolf und Richard Strauss, die von Herrn Zureich verständnis- und selbstvoll auf dem Flügel begleitet wurden. Als hervorragende Klavierleistungen bewährte sich Frau Zureich, indem sie mit ihrem Gatten die Soubretten des schwierigen Klavierkonzerts in F-moll von C. M. v. Weber meisterhaft zur Geltung brachte. Als Künstler auf der Violine stand für Herr Musiklehrer Jung, während zur Seite und eroberte sich mit dem allmählichen, lehrreichen Vortrag des G-moll-Konzertes von Max Bruch, des Andante religioso von Thome und des feurigen Bienenwagens von Staudis die Herzen der Zuhörer. Die Veranstaltung auf dem Altsaal hatte Herr Zureich abgenommen und bewies auch damit seine Wirksamkeit. Reicher Beifall lohnte die Mühen der Darsteller. Noch höherer Lohn wird ihnen die Tatsache sein, daß als Mittelpunkt des von ihnen gegebenen Konzertes der Oppauer 814 M überlieferten konnten.

Aus dem Vereinsleben.

Schw. Der Familienabend des Karlsruher Männerturnvereins am 19. v. M. im Garvinsaal des „Moniac“ erzielte durch den sachlichen, und von begehrtem Ernst bezeugten Vortrag des Mitgliedes Turnlehrer Reiter über „Das Spiel bei Guts Muths und Jahn“ ein herrliches Gelingen. Guts Muths gedrehter phantastischer Erziehungsmittel hat seinen Ursprung in der Zeit von den Jahren 1796 bis zu seinem Tode 1839 als bester Erzieher an. Er machte auf die Wichtigkeit des Spiels, das zu allen Zeiten Bedürfnis gewesen, aufmerksam und gab in ihm ein Mittel zur Erziehung des Charakters und in den Spielarten ein wirksames Erziehungsmittel. Sein Werk: „Spiel zur Übung und Erholung des Körpers und Geistes“ ist grundlegend für

die nachfolgende Zeit und enthält etwa die Hälfte aller heute bekannten Spiele. Das Spiel, erweist Guts Muths, muß Körper und Geist fördern und kann dies nur, wenn ihm eine bestimmte Idee zugrunde liegt. Jahn tritt in die Fußstapfen Guts Muths ein. Klar und deutlich stellt er die Grundbedingungen für das Spiel, das er Turnspiel nennt, auf. A. D.: die zweckmäßige Verteilung von Kraft und Kraft, die Forderung, daß jeder geistig tüchtig und körperlich stark, die regelmäßige Begründung, die Unabhängigkeit vom bloßen oder vorwiegenden Zufall, die Vermittlung der Einseitigkeit und die Zulage des Spielers für das lugenbüchtige Gemüt, so daß das Spiel immer wieder mit neuem Gifer besetzt werden kann. Für Jahn bildet das Spiel, indem es lehrt, die Spielregeln zu halten und andern ähnliche Rechte zuzuerkennen, den Übergang zum größeren Volksspiel. Der Vortragende hat die Entwicklung des Spiels auch in der Zeit vor Guts Muths von den alten Deutschen ab kurz verfolgt und dadurch in weitem Rahmen gezeigt, wie jeweils der Stand der Spiele mit der Höhe des Volks zusammenhängt. Die heutige Zeit erfordert, daß Spielregeln zum Spiel jedem einzelnen zu Teil wird; also genügende Spielregeln geschaffen werden. Alle Anforderungen an ein gutes Spiel haben schon Guts Muths und Jahn deutlich und klar dargelegt. „Sport“ ist nur ein neuer Name für den alten Inhalt, denn was Guts Muths und Jahn betrieben, ist nicht minder Sport gewesen. Der zweite Vorstand Zimmermann und der Ehrenvorstand Baumann betonen, daß deutsche Männer das Turnspiel liebte, daß dies auf deutschem Boden gewachsen und nicht vom Ausland zu uns gebracht ist, und drücken ihre volle Uebereinstimmung mit den Worten des Vortragenden aus. Bei der besten Unterhaltung schloß das Gedicht eines Mitgliedes an den Spielbegeisterten beim Schlagballspiel an: Fortan tragen die Mitglieder Kart und Mäntel durch Pieser zur Laute, so wie Fr. Schneider, Turner Kraus und Kappeler zum unterhaltenden Verlauf des Abends sei.

Der Verein für Nationaldenkmäler von 1905 Karlsruhe, veranstaltete am vergangenen Samstag in seinem Lokal „Goldene Quelle“ einen Familienabend unterhaltungsaftig im kleinen Kreise seiner Mitglieder, der sehr gut besucht war. Von schönem Können zeugten die musikalischen Darbietungen des Herrn Hans Werner; die Herren Otto Reib und Richard Bille lösten sich in starken und besten Regalationen ab. Die Darbietungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Der Verbandsvorsitzende, Herr Oberlehrer Viktor Müller von Baden-Baden richtete warme Worte an die verammelten Nationaldenkmäler und ermahnte sie zu treuem Zusammenhalten. Er erwähnte die schönen Resultate, die die Nationaldenkmäler in letzter Zeit erzielten konnten, besonders den Beifall mit 400 Stimmen und wie auf die guten Resultate hin, die die Nationaldenkmäler für das kommende Einbestimmte Infolge seiner letzten Erntearbeit und Gutsdacht hat. Nur allzu sehr machte die veränderte Volksschule der Frühjahrs Ende. — Mitte nächsten Monats beginnt der Verein einen neuen „Längerkursus“, an der letzte Kurs mit 40 Teilnehmern innerhalb 6 Stunden mit gutem Erfolge beendet ist. Näheres hierüber wird in der „Bad. Presse“ bekannt gegeben.

Vorarbeiten der Veranstalter.

Der Karlsruher Verein veranstaltet am Mittwoch, den 23. November, um 8 Uhr im Saale der „Vier Jahreszeiten“ einen Vortragabend.

Der Instrumental-Verein veranstaltet am Mittwoch, den 24. November, abends 8 Uhr im Eintrachtsaal ein Festkonzert mit ausserordentlichem Programm. Eine der schönsten Sinfonien Joh. Haydns in G-Dur, mit dem Pianissimo beginnt den Festabend in würdiger Weise ein, während im Mittelpunkt des festlichen Programms Joh. Seb. Bachs berühmtes Brandenburgisches Trio-Konzert in D-Dur für Klavier, Violine, Vielle und Streichbogen, mit den Damen Luise Wed. Klavier, Julia Dornier Violine und Herr Oskar Hornum Vielle, steht und mit Franz Schuberts romantischer Overture zu „Herrabrad“ einen klugartigen Abschluß bildet. Der lokale Teil ist den Modernen gewidmet und bringt Lieber von Gull, Wadler und Max Reier, zu deren Intervention die Sopranistin Fräulein Bilde Kimmert gewonnen ist. Man darf demnach einem gemächlichen Abend entgegensehen. Um auch Nichtmitgliedern den Besuch des Konzerts zu ermöglichen, sind Eintrittskarten in den Musikalienhandlungen und am Saaleingang erhältlich.

Wintelhausen

1846 • Jubiläums-Brand • 75 • Die deutsche Weinbrandmarke • 1921

General-Vertretung und Fabriklager: Mondorf & Meffert, Karlsruhe i. B. — Fernruf 4993.

Reform-Restaur., Kaiserstr.
Mittwoch abend 8 Uhr:
Erster Lesezirkelabend
der Seherin u. Prophetin
Maria Karolinen aus
Ihr. Pitt. poet. Werken.
Thema: „Das neue
Weltensystem“ 1887/88
Tierschutz-Verein.
Vortragabend
Mittwoch, 23. Nov., 8 Uhr
„Vier Jahreszeiten“
Gäste willkommen. 18849
Bilder u. Verhältnisse
sucht Fr. Kündsch.
Anrede u. N. 188709
an die „Badische Presse“.

Concordia
Karlsruhe.
Samstag, den 26. November
1921, abends 7 1/2 Uhr
Im grossen Saale
der Festhalle
KONZERT
zur Feier des 46. Stiftungsfestes.
Mitwirkende:
Fräulein Iolyta Gyrfas, Violine-Virtuosin
aus Budapest, Herr Kammerorganist Max
Ehrtner vom Bad. Landestheater, der
Männerchor der Concordia (200 Sänger).
Musikalische Leitung:
Herr Chorleiter Heinrich Lechner.
Am Flügel: Herr Hermann Kalerer.
Eintrittskarten für Nichtmitglieder sind
zu 9.50, 3.50 u. 3.50 Mk. einschl. Steuer und
Einkaufskarte in den Musikalienhandlungen Fr.
Doert, Fritz Müller, Franz Tafel, sowie bei
Otto Mayer, Dronow, Wilhelmstr. 23 (Ecke
Schützenstr.), Ludwig Zechel, Buchbinderei,
Karlsruhe 22 und vor Konzertbeginn an der
Festhallekasse zu haben.
Die verehrl. Mitglieder werden auf das ihnen
zugegangene Rundschreiben nochmals höflich
aufmerksam gemacht.
Die Vorstandschaft.
Saalöffnung: 7 Uhr.

Zu
dem am
23. November 1921
stattfindenden
Ehren- u. Benefiz-Abend
Willy Ruff-George u. Georgette
sind der Direktion Tisch-
bestellungen nochmals
telefonisch erbeten.
Fernruf
977.
Karlsruhe - Kaiserstr. 26

Städtische Konzerte im Konzerthaus
Samstag, den 26. November, abends 7 1/2 Uhr:
Nordisches Orchester-Konzert
Leitung: Hans Seeber-van der Fioe. Mitwirkende: Kammerorganistin Ellen Overgaard-Kopenhagen (Sopran), das verstärkte Orchester des Badischen Landesinstituts (35 Künstler) und der Theaterschüler des Badischen Landesinstituts.
Vortragsfolge: 1. Sibelius, Musik zu „Pellens und Meland“, 2. Grieg, Lieder mit Orchester, 3. Rind Larsgaard, „Sphärenmusik“, eine Lebens- und Todesphantasie für Soli, Chor, großes Orchester und ein kleines Orchester. Uraufführung.
Platz: Parkett I und II 8 M., Galerie Mitte 6 M., Galerie Seite 5 M. einschl. Einkaufskarte, Leibes-
kostenlos und Kleiderabgabegebühr. Mitglieder der Volksbühne und der Theatergemeinde des B.V.F.
erhalten auf Vorzeigen ihrer Mitgliedskarten eine Ermäßigung von je 2 M. auf Parkett I und II und
eine solche von 1 M. auf die Galerie Mitte (nur im Vorverkauf).
Vorverkauf ab Mittwoch, den 23. November, bis einschl. Samstag nachmittag 4 Uhr bei Musikalien-
handlung Fritz Müller, Kaiserstr. 124 a. beim Zigarrenhaus H. Moyle, Ecke Kaiserstr. a. Markt 1.
Tageskasse: Samstag ab 6 1/2 Uhr im Konzerthaus. Ende gegen 10 Uhr.
Saalöffnung 6 1/2 Uhr.

Karlsruher Hausfrauenbund
Die bereits für Do-
nerstag, den 24. November,
angekündigte
Frauen-Verlorenung
findet nun erst am
Montag, den 28. v. M.,
abends 8 Uhr, im großen
Rathaus-Saale statt.
Zaarsordnung: Die **Wittwenforenne**.
Referent: Der Vorstand des **Nödt. Wittwenf.**
Für die beteiligten Frauenvereinigungen:
Karlsruher Hausfrauenbund. 18898

Union-Theater
Ab heute:
Das Zeichen der Drei
oder
Die Pläne der
Kalifornisch-Goldminen
Detektiv-Abenteurer-Schlager in 6 Akten.
Ausserdem:
Bruno Kastner
Dorrit Weichler
in
Dorrit bekommt
'ne Lebensstellung
Lustspiel in 3 Akten. 18898

Witwens-Verein, Karlsruhe.
Geschäftsstelle: Wunnenstr. 3. I., im Odeonstr.
Sprechstunden: 18895
Montag, Mittwoch, Donnerstags, abends 7-8 Uhr.
Wer geschäftl. Erfolge
Der erzielen will,
insertiere in der
Badischen Presse

Großstadtmädels
8 Akte. Sittenbild aus Berlin W! I. Teil.
Der Spiegel der heutigen Zeit! — Opler der Verhältnisse!
Ein Filmwerk welches die erschütternden Begebenheiten der
heutigen, fast übermodernen Welt zeigt und eines der
heikelsten Probleme der menschlichen Gesell-
schaft in seiner ganzen Furchbarkeit entrollt. 18894
Unwiderruflich nur von Dienstag bis Freitag im
Welt-Kino, Kaiserstr. 133.

Kleiner Festhallsaal
Montag, 28. November, abends 7 1/2 Uhr
Lieder-Abend
Grete Stückgold
Modernes Lieder von 18864
Georg Liebling
Am Flügel: Der Komponist.
Düsseldorfer Tagblatt: Herr Liebling erwies
sich dabei als Tondichter von ganz besonderer
Eigenart. Seine wirklich bezaubernde Musik
kennt in allen Zwingen echte Poetik. Mit allen
Raffinesse der Tonmalerei vertraut, schafft
er mit einer Gestaltungsfröhlichkeit, die die
Grenzen der Alltäglichkeit weit übersteigt
und die eine stark persönliche Note trägt.
Konzertflügel Bach (Altenverteilung); J. Konz
Karl-Friedrichstraße 2.)
Karten: Saal I. Abtlg. 12 M., II. Abtlg. 9 M.,
III. Abtlg. 6 M., IV. Abtlg. 4 M., Stuhlplatz 3 M.,
ausschließlich Steuer in der Musikalienhandlung.
Kaiserstr. 159 n. an
Fr. Doert, der Abendkasse.

Dienstag, den 22. November.
Landestheater. 10 Uhr. 25-
Gem. B. V. B. alle
Nummern über 3250.
Martha
über der Markt von Richmond
Konzerthaus.
7 bis 10 Uhr.
Volksbühne C 4
Der zerbrochene Krug
Ber eingebildec Kranke.

Verlobungs-, Vermählungs- und Dankkarten
Beitrag
schleunigst
Buchdruckerel Ferd. Thiergarten,
Verlag der „Bad. Presse“
Karlsruhe.

Anbietungsausschreiben im öffentlichen Auktionsverfahren.
Verdingung.
 Die zum Um- und Erweiterungsbau des Hofes am 1. in Karlsruhe (Baden) erforderlichen Erdarbeiten, sowie die Arbeiten für die elektrische Beleuchtungsanlage sollen im Wege des öffentlichen Angebotes vergeben werden. Frist für die Verdingungsunterlagen Freitag im Amtsstamm des Bauamts (Eing. 3. u. 4. des Bauamts) zur Einsicht aus und können bis Freitag mit Ausnahme der Sonntagen zum Preise von 2.70 M. bzw. 2.10 M. bzw. 4.40 M. bzw. 2.90 bezogen werden.
 Die Angebote sind unterzeichnet und verschlossen mit Aufschrift der in Betracht kommenden Arbeit an das Bauamt des Postfachamts postfrei einzuliefern. Die Angebote werden in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter den 30. November 1921, mittags 10 Uhr öffentl. geöffnet. Auftragsfrist: Drei Wochen vom Tage der Eröffnung der Angebote ab gerechnet.
 Falls eins der Angebote für annehmbar gehalten wird, bleibt die Abnahme sämtlicher Angebote vorbehalten.
 18375
 Karlsruhe (Baden), den 19. November 1921.

Die am Donnerstag den 24. ds. Mts. in Dieblingen anberaumte
Grundstücks - Versteigerung
 findet nicht statt.
 4789a Bürgermeisterei Dieblingen.

Grundstücks - Versteigerung.
 Auf Antrag der Erben des Baarrensabrikanten Carl W. enner in Durlach-Aue sollen die nachbezeichneten Grundstücke durch das unterzeichnete Notariat im Auktionsverfahren in Durlach-Aue am Freitag den 25. November l. J. vormitt. 10 Uhr öffentlich versteigert werden.
 Die Versteigerungsbedingungen liegen während der Dienststunden auf der Kanzlei zur Einsicht offen. Der Nr. 139 in Wwe. Schwann Erbschaft, bestehend in 3 a 84 am Dorfsteig, worauf liegt: Ein zweistöckiges Wohnhaus mit Anstell- und Gartenpflanzenerker, Nr. 138, af. Nr. 140, Haus Kaiserstraße 99.
 Der Nr. 143 in Durlach, Schwann im Schwannacker, bestehend in 5 ar 57 am Ader, af. Nr. 4942 af. Nr. 4944.
 Es wird darauf hingewiesen, daß im Laufe dieser eine Baarrensabrik mit ca. 10 Millionen Wochenproduktion betrieben wurde und sich im Laufe der Zeit noch nicht zur Baarrensabrik gehörige Verhältnisse befinden.
 Mit dem Haus wird auch das Fabrikinventar versteigert werden.
 4877a
 Durlach, den 7. November 1921.
 Notariat L.

Weihnachts-Remonte - Auktion
 aller stromführender Werke der Gebrauchs-
 jahrgänge 1918 und 1919 vom
 11.-13. Dezember
 auf dem städtischen Viehbof in
 Königsberg l. Pr. - Rosenau.
 Selbstge:
 Sonntag, den 11. Dezember, 11 Uhr:
 Vorführung sämtlicher etwa 300 Werke.
 Montag, den 12. Dezember, 9 1/2 Uhr:
 Beginn der Auktion.
 Dienstag, den 13. Dezember, 9 1/2 Uhr:
 Fortsetzung der Auktion.
 Es werden nur von Banken besicherte
 Schecks in Zahlung genommen, deren Forderung
 bei Königsberger Banken akkreditiert sind,
 mithin in Höhe der erobten werden können.
 Kataloge und Auskünfte durch die Landwirtschafts-
 kammer für d. Provinz Karlsruhe,
 Königsberg l. Pr., Postfach Nr. 2470, 4869

Versteigerungen (auch klein. Postfächer in
 und außer dem Hause,
 erlerat prompt 15369
 Eugen Schneider, Auktionator, Geiseltstr. 1)

Neinverkaufspreise für Gemüse u. Obst.
 Für die Zeit vom 24. Nov. bis 30. Nov. 1921 gelten
 für das Stadtgebiet Karlsruhe folgende Höchstpreise:
Gemüse:
 Blumenkohl Pfd. bis 450 /
 En-lichen Stiel bis 80 /
 Weißkohl Pfd. bis 180 /
 Weiße Rüben ohne
 Kraut Pfd. bis 110 /
 Kohlrabi Pfd. bis 80 /
 Karotten mit Kraut
 Pfd. bis 120 /
 Kartoffeln, Pfd. bis 120 /
 Petersilien Pfd. bis 300 /
 Rindfleisch Pfd. bis 30 /
 Rindfleisch Pfd. bis 250 /
 Rindfleisch Pfd. bis 190 /
 Kraut Pfd. bis 60 /
 Rindfleisch Pfd. bis 190 /
Obst:
 Äpfel nach Güte
 Pfd. bis 250 /
 Birnen Pfd. bis 250 /
 Kirschen Pfd. bis 190 /
 Zwetschen Pfd. bis 120 /
Obst:
 Äpfel nach Güte
 Pfd. bis 250 /
 Birnen Pfd. bis 250 /
 Kirschen Pfd. bis 190 /
 Zwetschen Pfd. bis 120 /

Das beste Weihnachts-Geschenk
Elektro-Fusswärmer
„Ich wärme Dich“
 für alle Zwecke verwendbar, fertig zum Anschluß
 an Glühlampen oder Steckkontakt. Versand frei
 gegen Voreinsendung od. Nachnahme v. 100.- Mk.
 Bei Bestellung Vollspannung angeben.
 Prospekte auf Wunsch. A3659
 Firma Friedr. Hinderthür, Siegen i. W.

Riesig wächst die Kundenzahl
 weil man die besten und billigsten
Seifen, Bürsten, Fensterleder,
Scheurichter, Haushalt- und
Christbaumkerzen kauft im
Gebo-Seifenhaus
 (Fabr.kniederlage)
 Kaiserstr. 36a, Karlsruh. Telefon 532
 neb. d. Elefantent. Karlsruh. G.-Off. v. 8-7 Uhr

Selmsheim.
Jagdversteigerung.
 Am Dienstag, den 6.
 Dezember d. J. 88 nach-
 mittags 3 Uhr, wird die
 Jagd auf die Jagd-
 mietung mit circa 600 ha
 Preis für die Zeit vom
 1. Februar 1922 bis mit
 31. Januar 1923 auf dem
 Rathaus dabei öffentl.
 lich verhandelt.
 918 Bieter werden
 nur solche Personen an-
 genommen, welche sich im
 Besitze eines Jagdpasses
 befinden, oder durch ein
 Zeugnis der ausländischen
 Behörden nachweisen, daß
 gegen die Erteilung des
 Jagdpasses ein Bedenken
 nicht besteht.
 Der Entwurf des Pacht-
 vertrages liegt zur Ein-
 sicht auf dem Rathaus
 hier auf.
 5006a
 Selmsheim, 19. 11. 1921.
 Gemeinderat:
 Eitelner, Schriftf.

Forderungen,
 ausgeklagte u. unaus-
 geklagte jeder Art auf
 alle Plätze kann an
 G. Lange & Co.,
 Berlin, Prückensir. 6a.

Sachhandlung
 wieder eröffnet.
 No. 2. Kaiserstr. 80/81
 (ehemalige Postkammer)
 in 3 a 84 am Dorfsteig, worauf liegt:
 Ein zweistöckiges Wohnhaus mit Anstell- und Gartenpflanzenerker, Nr. 138, af. Nr. 140, Haus Kaiserstraße 99.
 Der Nr. 143 in Durlach, Schwann im Schwannacker, bestehend in 5 ar 57 am Ader, af. Nr. 4942 af. Nr. 4944.
 Es wird darauf hingewiesen, daß im Laufe dieser eine Baarrensabrik mit ca. 10 Millionen Wochenproduktion betrieben wurde und sich im Laufe der Zeit noch nicht zur Baarrensabrik gehörige Verhältnisse befinden.
 Mit dem Haus wird auch das Fabrikinventar versteigert werden.
 4877a
 Durlach, den 7. November 1921.
 Notariat L.

Ihr Passbild
 in wenigen Minuten
 nur im 6601
Photost. Atelier,
 Herrenstr. 18.

Siedlungsbauteil
Wiederverkäufer etc.
 Ein arbeiter Tapeten
 wolle modern.
 Unter 50 Rollen kann
 nicht abgegeben werden.
 H. Durand, 1818
 Douglasstr. 16, Tel. 2436,
 hinter der Hauptpost.
Auf Weihnachten
 empfehle meine 50/50
 + schöne Gänse.
Fritz Gemp,
 Gillingen (Hessen).

Platin
 an Gold u. Silber
 kann ständig und zahlt
 den höchsten Tagespreis
Rudolf Barth
 Uhrmachermeister 1699
 Kaiserstr. 53, Fernspr. 1358
 gegenüber d. Eingang
 der Techn. Hochschule.

Gebr. Möbel
 jeder Art bis zu d. hoch-
 zeichnen. sowie einzelne
 Möbelstücke, Betten, Sessel,
 Stühle, Kissen, Vorhänge
 etc. kann fortwährend
 K. Kopp, Möbelfach.
 Steinstr. 6, 12488
 Telefon Nr. 1561.

Augen auf!
 Suche getrag. Kleider,
 Schuhe, Stiefel, Militä-
 runiformen, Wäsche,
 Handtaschen etc. Möbel
 aller Art zu Tagespreisen.
 Geil. Zuschriften an
 W. Schap, Kaiserstr. 67,
 Eing. Bahnhofsstr. 17420

Kauf u. Verkauf
 Kleider, Schuhe, Möbel,
 Musikinstrumente, Gold- u.
 Silbergeschmuck, Brillanten
 u. A. zu realen Preisen.
 Levy Markgrafstr. 22,
 Telefon 2015. 1814

Felle
 aller Art, sowie
 alt Eisen, Metalle
 Papier
 kauft zu höchsten Tages-
 preisen. 153788
A. Holles,
 17 Scheffelstraße 17,
 Telefon 4416.

Gänselebern
 werden fortwährend zu
 den allerhöchsten Tages-
 preisen angekauft. 16578
K. Köber,
 Kaiserstraße 91, 2. Etod

Gänselebern
 werden fortwährend zu
 den allerhöchsten Tages-
 preisen angekauft. 16561
Gebr. Köber,
 Kaiserstraße 91, 2. Etod

Gänselebern
 kauft fortwährend zu den
 allerhöchsten Preisen.
Carl Pfeiffer,
 Erbprinzenstr. 23, 1812

Zubehör
Aus edelsten
Orienttabak
Zigaretten

Steuer-Beratung
 und Berechnung übernimmt
Rheinische Treuhand-
Gesellschaft A. G.
 M. & B. Mannheim
 Aktien-Kapital: Mark 1500000,-

So lange Vorrat reicht
 verkaufen wir unsere noch vor den gewal-
 tigen Preisaufschlägen vollgefüllten Lager
zu bekannt billigst. Preisen
 Wir bitten, des starken Andrangs in den
 Nachmittagsstunden halber, uns schon
 vormittags zu besuchen.
Offenbacher
Gederwaren-Vertrieb
Karlsruhe
 nur nur
 Kaiserallee 50, I. Kaiserallee 50, I.
 Besuch ohne jeden Kaufzwang erbeten.
 Portemonnales, Besuchstaschen, Musikknapp n u. s. W.

Sofort lieferbar
 unter Garantie
K. Hafner
 Schreib-,
 Rechenmaschinen-
 Reparaturwerk, werkstätte
 Amalienstr. 51. Tel. 2127
Farbbänder
Kohlepapier
 preiswerte Qualität.

Wer wagt — gewinnt!
 Jeder Badener bietet dem Glück die
 Hand und kauft ein Frankfurter
 Pferdchen, Ziehung bereits 7. De-
 zember, vom 18358
Bankhaus Carl Götz, Karlsruhe.
 Wiederverkäufer werden noch angenom. en.

Lager-Fässer
 rund und oval, in jeder Größe fertig bestickt an
Anton Einhellig, Fassfabrik
 Vahnerstraße 17. Telefon 4884. 1814

Carbolineum
Dachpappe
Teer- u. Asphaltprodukte
 liefert preiswürdig
 Rheinische
 Asphalt- u. Zementplattenfabrik G. m. b. H.
 Karlsruhe-Haalen. 12498

Zum Weihnachtsfest
 empfehle mein neuzeitl. Atelier für vornehme
 Bildnisse und künstlerische Vergrößerungen
Wilhelm Luger
 Kaiserplatz Amalienstr. 85 Telefon 2602.
 18064

Gold- u. Silber-
 Gegenstände in jed.
 Form kauft laufend
 zu höchstem Preis.
F. Hirth,
 Augustastr. 1.

Nürnberger
Fränkischer Kurier
 Besteht seit 1833.

Eine weitverbreitete und
erstgeleitete politische Zeitung
verbürgt dem Inserenten immer
den sichersten Erfolg.

Die maßgebende bürgerliche Zeitung Nord-
 bayerns für die Industrie, Finanz- und
 Handelskreise, wie auch für das im Nürnberg-
 fäher Bezirk sehr betriebene Gewerbe ist
 der zweimal täglich in großem Umfang er-
 scheinende fränkische Kurier, das

Familienblatt aller Gebildeten,
 der besser studierten Bürgerschaft, wie auch
 der gesamten Geschäftswelt. / Seine große
 Verbreitung verdankt der fränkische Kurier
 sowohl seinem vorzüglich geleiteten, vielseitigen
 redaktionellen Teil, seinem Ruf als eines der
 hervorragendsten Infektionsorgane, weiterhin
 aber auch einem von alterher insbesondere
 in Nürnberg-Gürtel bestehenden Brauch, wonach
 ihn seines verhältnismäßig hohen Bezugs-
 preises wegen vielfach zwei, drei, ja selbst vier
 Familien gemeinsam zu abonnieren pflegen.
 Infolgedessen vermag der fränkische Kurier

einen festen Leserkamm
von über 30000
 anzuweisen. In dieser, für eine politische
 Zeitung ungewöhnlich weitgreifenden Ein-
 bürgerung in der gesamten Geschäftswelt
 und den übrigen kaufkräftigen Kreisen, liegt
 denn auch das Geheimnis der allseitig an-
 erkannten Wirksamkeit des umfangreichen
 Anzeigentells des Fränkischen Kuriers.

Auf Anruf komme sofort
 Reife getr. Kleider, Wäsche, Stiefel usw. Wm
 Säbingerstr. 50. Tel. 1851. Karabanoif.

Geld
 ohne Korporel bei
 Veranlassung in jeder Höhe
 erhalten Sie am schnell-
 sten durch Geld. Aus-
 künftige Kosten: 1000
 Mark 10. 1000. von 9
 bis 12 n. 2 bis 6 U. 18128
Suche 3000 Mk.
 an einer gewinnbringend.
 Kapitalanlage. Bittliche
 Rückmeldung, nicht an. Eins
 an die Handlung unter
 183271 an die Poststelle

Rich. Kittel
 Uhren-
 meister
 Hauptbahnhof
 Moderne Zimmer-
 Uhren - Haus-Uhren
 Reparaturwerkstätte.
 Telefon 2540.

Raucher-
 800 Daubstr. Deutsch & Co., Neubühl, Post-Str. 175.

Suche Papiergewebe
 aller Art
 auch kleinere Posten
 Effekten mit Winter
 an das Spezialgeschäft
Bernhard Schlachic, Berlin W. 35
 Scheffelstraße 7. 18074

Sinner
Backpulver
Liköre
 PARA, Curaçao,
 Cherry-Brandy,
 Vivat (altpreußisch,
 Magenlikör.)
 die allgemein beliebten
Qualitäts-Marken!